dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 28 17. Juli 2014

aktuell

Inhalt

Lockerung des Kooperationsverbots in der Hochschulbildung richtiger Schritt – greift aber zu kurz+++
Wahl des EU-Kommissionspräsidenten – dbb erwartet beschäftigungs- und sozialpolitische Initiativen+++
Tarifverhandlungen Nahverkehr Bayern: Einigung erzielt+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

NBB fordert Nachwuchskräfteinitiative für die Landesverwaltung+++
Ladebeck fordert Wiedereinführung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamte+++
dbb m-v: Besoldungsanpassung kommt auch bei den Soldatinnen und Soldaten an+++
DSTG: Bund und Länder müssen sich bei Reform der Grundsteuer zusammen raufen+++
GDL nimmt Tarifverhandlungen mit DB auf+++
DPolG Bundespolizeigewerkschaft: Schleusungskriminalität wirksamer bekämpfen+++
VBE: Teil-Kooperationsgebot zu kurz gesprungen+++
Philologenverband sieht Entwertung des Abiturs durch zu viele gute Noten+++
BDF auf der Messe Interforst 2014: Mensch im Mittelpunkt+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Lockerung des Kooperationsverbots in der Hochschulbildung richtiger Schritt – greift aber zu kurz

(dbb) Der dbb hat den Beschluss des Bundeskabinetts, über eine Grundgesetzänderung Kooperationen zwischen Bund und Ländern in der Hochschulbildung zu ermöglichen, begrüßt. „Die Bundesregierung ist hier auf dem richtigen Weg, die Begrenzung auf Forschung und Lehre greift aber zu kurz", sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann am 16. Juli 2014.

„Angesichts der immensen Herausforderungen in den Schulen, etwa bei der Verwirklichung der Inklusion und dem ins Stocken geratenen Ausbau der Ganztagsschulen, sind auch hier Kooperationen zwischen Bund und Ländern unverzichtbar", machte Hollmann deutlich. Insbesondere die finanzschwächeren Länder seien dringend auf Finanzhilfen des Bundes für ihre Schulen angewiesen. Andernfalls gehe die Schere zwischen den Ländern immer weiter auseinander. „Der deutsche Bildungsföderalismus kann seine Stärken nur entfalten, wenn Chancengerechtigkeit, Wettbewerb, Transparenz und Vergleichbarkeit auf soliden finanziellen Füßen stehen", so die für Bildung zuständige dbb Vize.

Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildung war eine der zentralen Neuerungen durch die Föderalismusreform aus dem Jahr 2006. Die jetzt vom Kabinett vorgesehene Korrektur bezieht sich allein auf den Wissenschaftsbereich, also auf die Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten. Auf eine Ausdehnung auf den Schulbereich haben sich SPD und Union nicht einigen können.
(01/28/14)

Wahl des EU-Kommissionspräsidenten – dbb erwartet beschäftigungs- und sozialpolitische Initiativen

(dbb) Am 15. Juli 2014 wurde Jean-Claude Juncker zum Nachfolger von José Manuel Barroso im Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt.

„Der dbb erwartet von der neuen Europäischen Kommission, die dann gebildet wird und Anfang November ihre Arbeit aufnehmen soll, dass sie beschäftigungs- und sozialpolitische Initiativen nutzt, um die Mitgliedstaaten in ihren politischen Zielen besser zu unterstützen und deren Zusammenarbeit untereinander zu fördern. Dabei müssen die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beachtet werden", sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am Vortag der Wahl (14. Juli 2014).

Die EU-Kommission sollte die Verwaltungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten stärker als bisher unterstützen, so Dauderstädt weiter. „Natürlich muss dabei die alleinige Regelungskompetenz der Mitgliedstaaten für die Organisation ihrer Verwaltungen wie auch dienstrechtlicher Ordnungen berücksichtigt werden", erklärte Dauderstädt. „Das öffentliche Dienstrecht fällt in die ausschließliche Kompetenz der Mitgliedstaaten. Wir öffnen uns aber für strategische Überlegungen, wie das öffentliche Dienstrecht im Zuge einer allmählichen Anglei-

chung arbeits- und sozialrechtlicher Rahmenbedingungen in der Eurozone weiterentwickelt werden kann", machte der dbb Chef deutlich.

Ferner solle die Kommission ihre Zuständigkeit für den Arbeits- und Gesundheitsschutz dafür nutzen, einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Europa entgegenzuwirken. „Wir erwarten von der Kommission auch, dass sie wichtige Weichenstellungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Meisterung der Herausforderungen des demografischen Wandels vornehmen wird", machte Dauderstädt klar. Eine Schwächung von Rechten der Beschäftigten lehne der dbb strikt ab. Solche Regelungen dürfe die Europäische Kommission in der Arbeitszeitrichtlinie keinesfalls vorsehen, mahnte der dbb Chef. Insbesondere müsse der Rechtsrahmen für Bereitschaftsdienstzeiten unangetastet bleiben.

Die dbb jugend begrüßte die Wahl Junckers „als klares Bekenntnis zu mehr europäischer Demokratie". „Kritisch sehen wir allerdings den

Weg zur letztendlichen Wahl des Kommissionpräsidenten. In der europäischen Öffentlichkeit wurde gerade durch die Staats- und Regierungschefs suggeriert, dass der Spitzenkandidat der erfolgreichsten Fraktion dem Parlament zur Wahl vorgeschlagen werden soll. Nach der Wahl wollte man davon plötzlich nichts mehr wissen. Der übliche Postenschacher und die breite Diskussion haben dem Ansehen Europas nachhaltig geschadet", so Michael Gadzalla, stellvertretender dbb jugend-Vorsitzender. (02/28/14)

Tarifverhandlungen Nahverkehr Bayern: Einigung erzielt

(dbb) Nach schwierigen Tarifverhandlungen für die über 6.500 Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr in Bayern ist am 11. Juli 2014 in Nürnberg eine Einigung zwischen den Gewerkschaften und dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) Bayern erzielt worden. Der stellvertretende Vorsitzende der Bundestarifkommission und Verhandlungsführer des dbb Thomas Gelling wertete das Ergebnis als einen „tragfähigen Kompromiss".

„Einige unserer Forderungen, etwa zum Urlaub, zu geteilten Diensten und zur Eingruppierung der Fahrkräfte im Fahrbetrieb, konnten wir durchsetzen", so Gelling. Auch dass Verhandlungen zu einem Demografie-Tarifvertrag verbindlich vereinbart wurden, sei ein Gewinn. „Das Thema Arbeitszeit bleibt aber auf unserer Agenda", kündigte Gelling an.

Das Ergebnis sieht unter anderem vor: eine Erhöhung der Tabellenentgelte ab 1. Juni 2014 um 3 Prozent (mindestens um 90 Euro) und eine Erhöhung ab 1. Juni 2015 um weitere 2,4 Prozent. Die Wechselschichtzulage steigt ab 1. Juni 2014 auf 228,04 Euro, die Schichtzulage auf 148,24 Euro und ab 1. Juni 2015 um weitere 2,4 Prozent. Der Urlaub wird ab dem Urlaubsjahr 2014 auf 30 Tage (bei einer 5-Tage-Woche) erhöht. Auch die Azubi-Entgelte und der Urlaubsanspruch für Auszubildende erhöhen sich. Zudem werden spätestens zum 31. Oktober 2014 Tarifverhandlungen zu einem Demografie-Tarifvertrag aufgenommen.

Gelling dankte den Kolleginnen und Kollegen der Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG) im dbb, die mit ihren Aktionen in den vergangenen Wochen die gewerkschaftlichen Forderungen untermauert hatten. Warnstreiks gab es unter anderem im Nahverkehr in der Region Nürnberg, in Augsburg und München. (03/28/114)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

NBB fordert Nachwuchskräfteinitiative für die Landesverwaltung

(dbb) Der Niedersächsische Beamtenbund NBB hat begrüßt, dass die Landesregierung eine Fachkräfteinitiative Niedersachsen für die Wirtschaft gestartet hat. Nun sei ein vergleichbares Handeln für die Landesverwaltung als dem eigenen Verantwortungsbereich zwingend.

„Es wird höchste Zeit, dass die Landesregierung eine Nachwuchskräfteinitiative für die niedersächsische Landesverwaltung unter Einbindung aller im Landtag vertretenen Fraktionen und der Gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen startet. Die Probleme zur Absicherung des hochqualifizierten Personalbestandes sind nicht mehr zu übersehen", stellte der NBB-Vorsitzende Friedhelm Schäfer am 11. Juli 2014 fest.

Zwar seien erste einzelne Ansätze zur Lösung des Problems erkennbar. Angesichts von 26,1 Prozent Altersabgängen bis zum Jahr 2022 sei aber eine „angemessene Beschäftigung der politischen Verantwortungsebene mit der Thematik" notwendig. Der NBB sei bereit zur Mitarbeit, machte Schäfer deutlich. (04/28/14)

Ladebeck fordert Wiedereinführung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamte

(dbb) Einsparungen von etwa 60 Millionen Euro allein durch Personalabbau, Steuermehreinnahmen und niedrige Zinsen eröffnen neue finanzielle Spielräume auch für den öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt. Das stellte der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck am 14. Juli 2014 fest und forderte deshalb: „Die Beamtinnen und Beamten in unserem Land müssen jetzt angemessen beteiligt werden an den Mehreinnahmen. Schließlich sind sie es, die seit 2005 vollständig auf ihr Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten, die mit Behördenverschlankung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst erheblich zur Konsolidierung des Haushalts beitragen. Jetzt ist es an der Zeit, politische Versprechen einzulösen und die seinerzeit vorgenommene Kürzung der Sonderzahlung zurückzunehmen."

Die Landesregierung solle dem Beispiel der Bundesregierung folgen, die ihren Beamtinnen und Beamten auf Grund der guten Wirtschaftsentwicklung seit 2012 wieder ein Weihnachtsgeld in Höhe von 60 Prozent eines Monatslohnes zahlt, so Ladebeck: „Die Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt haben in den vergangenen Jahren einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes geleistet und erwarten jetzt zu Recht eine Wertschätzung ihrer guten Arbeit". Der dbb Landesvorsitzende begrüßte, dass der Pensionsfonds bis 2025 auf rund drei Milliarden Euro aufgefüllt werden soll. Im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern ist Sachsen-Anhalt Vorbild in puncto Sicherung der Finanzierung künftiger Pensionen. „Das ist Zukunftsvorsorge", sagte Ladebeck.
(05/28/14)

dbb m-v: Besoldungsanpassung kommt auch bei den Soldatinnen und Soldaten an

(dbb) Vizeadmiral Axel Schimpf, Inspekteur der Marine, hat am 15. Juli 2014 den dbb Landeschef Mecklenburg-Vorpommerns, Dietmar Knecht, sowie den stellvertretenden VBB Bereichsvorsitzenden Oliver Strinkau in der Hanse Kaserne Rostock, dem neuen Marinekommando Deutschlands.

Knecht erhielt einen Einblick in die Arbeit des Kommandos und wies auf die beiden dbb Verbände VBB (Verband der Beamten der Bundeswehr) und VAB (Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr) hin, die Zivilbeschäftigte in der Bundeswehr organisieren. Schnell war man sich darüber einig, dass die Standorte der Bundeswehr und der Marine auch als kaufkraft- und wirtschaftsfördernder Faktor angesehen werden müssen. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern sei dies von enormer Wichtigkeit, so Knecht. Als Mitglied der Verhandlungskommission bei den Tarifverhandlungen konnte der dbb Landesvorsitzende die Botschaft überbringen, dass „mit dem Gesetzentwurf zu Besoldungsanpassung beim Bund auch die Soldatinnen und Soldaten von einer Eins-zu-eins-Übertragung ausgehen können. Im Gegensatz zum Land Mecklenburg-Vorpommern weiß man beim Bund noch, wie man seine Leute motiviert", stellte Knecht fest.
(06/28/14)

DSTG: Bund und Länder müssen sich bei Reform der Grundsteuer zusammen raufen

(dbb) Der Stillstand bei der Reform der Grundsteuer ist vom Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler kritisiert worden. Dem Internetportal Handelsblatt-Online sagte er am 11. Juli 2014, die Verantwortung dafür liege vor allem bei den Bundesländern, die sich nicht auf eine gemeinsame Reform der Grundstücksbewertung verständigen könnten. Dies führe dazu, dass weder

der Steuerzahler noch die Beschäftigten in den Finanzverwaltungen wüssten, was auf sie zukomme. Die jahrelange Diskussion müsse nun zu einem Ende kommen, forderte Eigenthaler.

Hintergrund des Reformstreites ist, dass für Zwecke der Grundsteuer die Grundstücke in den alten Bundesländern mit Werten aus 1964 bewertet werden. In den neuen Bundesländern wird sogar noch auf Vorkriegswerte von 1935 zurückgegriffen. Es liegt auf der Hand, dass sich seither massive Werterhöhungen, aber auch Wertverschiebungen ergeben haben.

Gefordert sieht Eigenthaler vor allem die Länder. Zwar habe der Bund das grundgesetzliche Recht, die Bewertungsgrundlagen zu regeln. Andererseits stehe der Ertrag aus der Grundsteuer den Kommunen und damit indirekt den jeweiligen Bundesländern zu. Mittlerweile gebe es mehrere Reformmodelle, die aber offenbar nicht konsensfähig sind. In ihrer Kritik wird die DSTG vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt.
(07/28/14)

GDL nimmt Tarifverhandlungen mit DB auf

(dbb) Beim Auftaktgespräch zur Tarifrunde 2014 hat die Gewerkschaft Deutcher Lokomotivführer (GDL) der Deutschen Bahn (DB) am 10. Juli in Berlin ihren Forderungskatalog für das Zugpersonal erläutert.

Der Arbeitgeber bezeichnete die Forderungen sogleich als „völlig überzogen und mit der wirtschaftlichen Situation der Eisenbahnverkehrsunternehmen nicht vereinbar." Auch hinsichtlich der Regelung betrieblicher Öffnungsklauseln zeichnete sich ein Dissens ab. Statt der Vereinbarung weiterer Schutzbestimmungen – wie von der GDL gefordert – wolle die DB mehr Öffnungen, um per betrieblicher Regelung von tarifvertraglichen Schutzbestimmungen abzuweichen, wie die GDL mitteilte.

„Doch die GDL wird sich keinesfalls aus der Verantwortung als Tarifvertragspartei stehlen und diese auf die Betriebsräte abwälzen", hieß es. Auch sei mit ihr eine weitere Flexibilisierung beim Zugpersonal nicht zu machen.

„Verhandlungen für Zugbegleiter will die DB schließlich nur führen, wenn sich die GDL mit der EVG auf einen Kooperationsvertrag einigt. Klar ist: Die GDL befürwortet eine faire und vernünftige Kooperationsvereinbarung zwischen GDL, EVG und DB. Doch die Vereinbarung von tariflichen Regelungen, die über alle Beschäftigten hinweg gleich sein müssen, kann nur auf Augenhöhe geschlossen werden." Die zweite Verhandlungsrunde findet am 31. Juli 2014 in Frankfurt am Main statt.
(08/28/14)

DPolG Bundespolizeigewerkschaft: Schleusungskriminalität wirksamer bekämpfen

(dbb) Eine wirksamere Bekämpfung der Schleusungskriminalität an der deutschen Grenze zu Österreich hat die DPolG Bundespolizeigewerkschaft gefordert. Dort kreuzen sich die Schleusungswege über die Mittelmeer- und die Balkanroute.

„Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft kennt das Problem an der Grenze zu Österreich nur zu gut und sie kennt auch die Probleme und die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei an dieser Grenze", stellte Ernst G. Walter, Vorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, dazu am 16. Juli 2014 fest.

Doch trotz der beeindruckenden Aufgriffszahlen und Steigerungsraten, auf die auch der Präsident der Bundespolizei kürzlich hingewiesen hatte, „ist die Wahrheit, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort diesem Massenproblem oft machtlos gegenüber stehen. Die Bundespolizeidienststellen an der Grenze sind nicht auf die hohe Anzahl von an der Grenze aufgegriffenen Personen eingestellt. Es

stehen weder genügend Diensträume für Befragungen, Vernehmungen oder zur temporären Unterbringung der unerlaubt Eingereisten zur Verfügung, noch reicht das vorhandene Personal dazu aus, die massenhaften Schleusungen tatsächlich dauerhaft zu unterbinden", so Walters Kritik. Er forderte deshalb, die bereits weit über ihre Belastungsgrenzen arbeitenden Bundespolizisten an der deutschen Grenze zu Österreich umgehend spürbar und dauerhaft zu entlasten.
(09/28/14)

VBE: Teil-Kooperationsgebot zu kurz gesprungen

(dbb) Nachdem das Bundeskabinett am 16. Juli 2014 eine Erweiterung des Grundgesetzartikels 91b beschlossen und so eine teilweise Lockerung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich ermöglicht hat, erklärte der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann: „Ein Teil der Hausaufgaben ist zwar gemacht. Der VBE bleibt aber dabei: Ein generelles Kooperationsgebot für den gesamten Bildungsbereich ist unverzichtbar. Insbesondere der Umbau zu einem inklusiven Schulsystem ist von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Er muss von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam geschultert werden."

Beckmann weiter: „Die vom Bundeskabinett beschlossene Grundgesetzerweiterung signalisiert zumindest, dass mehr Qualität von Bildung nur über eine Kooperation von Bund und Ländern geht. Ich hoffe, dass damit endlich auch die lange versprochene Qualitätsoffensive Lehrerbildung an den Start gehen kann."
(10/28/14)

Philologenverband sieht Entwertung des Abiturs durch zu viele gute Noten

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPhV) befürchtet eine Abwertung des Abiturs durch eine zu gute Notenvergabe. Der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung" (Ausgabe vom 17. Juli 2014): „Diese Noteninflation ist nicht zufällig, sie hat Methode."

Insbesondere die Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) sei von einigen Landesregierungen dazu benutzt worden, durch „softere" Beurteilungsmaßstäbe die Akzeptanz der verkürzten Schulzeit zu erhöhen. Auch an Grundschulen und Universitäten sei diese Entwicklung sichtbar - und führe zu einigen Verlierern: „Die wirklich guten Schüler, weil deren wirkliche Mehrleistung angesichts der enormen Ausweitung von Einser-Reifezeugnissen gar nicht mehr erkennbar wird, aber auch das Abitur an sich, weil die Bestnoten-Zertifikatsflut Hochschulen und Wirtschaft zu eigenen Auswahlverfahren zwingen wird." Dadurch werde das deutsche Abitur massiv entwertet, kritisierte Meidinger. Die Bildungsgerechtigkeit werde abnehmen.
(11/28/14)

BDF auf der Messe Interforst 2014: Mensch im Mittelpunkt

(dbb) „Der Mensch im Mittelpunkt" ist das Motto für den Auftritt des BDF (Bund Deutscher Forstleute) auf der Interforst 2014. Die 12. Internationale Leitmesse für Forstwirtschaft und Forsttechnik findet vom 16. bis 20. Juli in München statt.

Der BDF informiert dort über aktuelle berufs- und forstpolitische Themen und bietet an Thementagen spezielle Informationen zu forstlicher Hochschulausbildung, Forstfrauen und zur Zukunft der Berufsausbildung „Forstwirt/in". Schwerpunkt ist die Aktion „Runder Tisch Ausbildung". „Wir wollen unseren Messestand auch als Anlaufpunkt und Diskussionsort für die aktuellen Themen nutzen. Kartellverfahren, Seggregation oder multifunktionale Forstwirtschaft, Tarifentwicklungen sind nur einige Stichworte. Wir freuen uns auf die Besucher", so Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF.
(12/28/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Wie kann es gelingen, Gleichberechtigung für Frauen in allen Bereichen in Deutschland zu erreichen? Ein Lösungsansatz kann Gender Budgeting sein. Dabei ist es das Ziel, durch eine geschlechtsspezifische Analyse der öffentlichen Haushalte, die Verteilung der öffentlichen Finanzen gerecht zu steuern. Wie Gender Budgeting in der Praxis funktioniert und welche Analysemöglichkeiten bestehen, zeigt die dbb bundesfrauenvertretung in der aktuellen Online-Broschüre „Was verdient die andere Hälfte des Himmels? Genderbudgeting als Gerechtigkeitsgebot". Der Leitfaden ist eine umfassende Argumentationshilfe für alle, die sich mit der Implementierung von Gender Budgeting befassen und auf Widerstände stoßen.
Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, stellte die neue Broschüre in Berlin am 11. Juli 2014 vor. Die Publikation fasst die Ergebnisse der 11. Frauenpolitischen Fachtagung vom 25. März 2014 zusammen und bietet praktische Beispiele für die Umsetzung von Gender Budgeting auf europäischer, landes.- und kommunaler Ebene: Die Fachtagungsbroschüre steht unter www.frauen.dbb.de als Download bereit.

Die Zweite Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, **Uta Kramer-Schröder**, hat am 17. Juli 2014 die fehlende Beratung gesetzlich krankenversicherter Ehefrauen von Beamten kritisiert, die ihre Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung oder der Pflege Angehöriger unterbrechen. Viele von ihnen würden während dieser Zeit ihre Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung beenden und sich privat mit Beihilfeanspruch über ihren Ehemann versichern. „Sie werden aber nicht darüber aufgeklärt, dass dies sehr teuer werden kann", so Uta Kramer-Schröder. Die Wiederaufnahme einer versicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nach der Unterbrechung reiche nicht ohne weiteres aus, um später Pflichtmitglied in der Krankenversicherung für Rentner (KVdR) werden zu können. Vielmehr sei Voraussetzung, dass die Betroffenen in der zweiten Hälfte ihrer Lebensarbeitszeit zu 90 Prozent Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung waren. Die zugrundezulegende Lebensarbeitszeit beginne mit der Aufnahme der ersten Berufstätigkeit. Habe eine Erwerbstätige also mit 18 Jahren im Jahr 1970 eine Lehre begonnen und sei 2010 in Rente gegangen ist, müsse sie in den letzten 20 Jahren, also ab 1990, 18 Jahre Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung gewesen sein. Dies aber gelinge vielen Frauen nicht mit der Folge, dass sie nur freiwilliges Mitglied in der KVdR sein könnten und bei der Berechnung ihres Beitrags nicht nur die eigene Rente, sondern auch andere Einkünfte und Einkünfte des Ehepartners zugrundegelegt werden, so dass häufig ein Großteil der Rente für den Beitrag aufgebraucht werde.

Am 4. Juli 2014 haben sich in Fulda Vorstandsmitglieder des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (**BLBS**) und des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (**VLW**) getroffen, um eine gemeinsame Führungskräfteakademie zusammen mit Klett / MINT zu planen. Unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka, wird vom 26. bis 27. Februar 2015 in Berlin die internationale Führungskräfteakademie stattfinden, teilten die Verbände mit. Unter dem Motto „Treffpunkt Berlin 2015" sollen Top-Referenten aus Politik, Wirtschaft und dem Bildungsbereich den Führungskräften an berufsbildenden Schulen Strategien und Best Practise Beispiele zum Führen und Managen einer Schule mitgeben.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt**, hat sich nach der Drogenbeichte des SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Hartmann für dessen Rückkehr als Innenpolitiker ausgesprochen. „Ich wünschte mir, dass Michael Hartmann wieder auf die politische Bühne zurückkehrt und auch im Bereich der Inneren Sicherheit weiter Politik macht, ich vertraue ihm weiterhin", sagte Wendt am 11. Juli 2014 Handelsblatt Online. Er sei nicht nur ein ausgewiesener Fachmann in diesen Fragen, sondern habe ein Gespür für die Beschäftigten der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden. „Von solchen Politikern haben wir nicht viele, deshalb wird die Arbeit von Michael Hartman auch künftig gebraucht."
(13/28/14)